

Pressemitteilung

Pressestelle der
Evangelischen Kirche Berlin-
Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Georgenkirchstraße 69
10249 Berlin
Tel 030 · 2 43 44 - 382
c.kielmansegg@ekbo.de
www.ekbo.de

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin und die Pressestelle der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) teilen mit:

Senat besucht Bildungs-Campus der Kirche

Im Rahmen regelmäßiger Konsultationen trafen sich der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, und Dr. Christian Stäblein, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, im Amt für kirchliche Dienste (AKD)

Berlin, 07. Mai 2024 – Heute trafen sich auf Einladung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) Vertreterinnen und Vertreter der Kirchenleitung mit dem Berliner Senat im Amt für kirchliche Dienste zu einer gemeinsamen Sitzung. Es war das erste Treffen seit der Amtszeit des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Kai Wegner, und die achte gemeinsame Sitzung seit dem Inkrafttreten des Evangelischen Kirchenvertrages zwischen dem Senat von Berlin und der Landeskirche vom 19. April 2006.

Im Mittelpunkt der heutigen Konsultationen stand neben den Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung jüdischen Lebens ein fokussierter Blick auf die Bildungsanstrengungen der EKBO.

Bischof Christian Stäblein würdigte die konstruktive Zusammenarbeit. „Ich danke den Mitgliedern des Berliner Senats für ihren Einsatz für Berlin. Sie und ihre Verwaltungen arbeiten tagtäglich dafür, dass das Zusammenleben und das Miteinander in unserer Metropole sicher, bezahlbar, weltoffen, vielfältig und in all dem menschenfreundlich bleiben. Dazu gehört harte Arbeit, das spüren wir in diesen Zeiten alle. So stelle ich ausdrücklich diesen Dank vorweg.

Wir haben uns heute über den notwendigen Einsatz gegen Antisemitismus auf allen Ebenen unserer Gesellschaft ausgetauscht. Als Kirche stehen wir entschieden und hörbar an der Seite unserer jüdischen Geschwister. Wir begrüßen die Maßnahmen des Senats zur Förderung des jüdischen Lebens. Das alles geschieht im Kontext einer Vielfalt in unserer Stadt, in der all die Stimmen, die auf dem Fundament von Verfassung und Toleranz stehen, ihr Recht haben. Der Dialog der Religionen ist uns ein tiefes Anliegen. Antisemitismus dagegen gilt es entschlossen zu bekämpfen.

Gerade in Bildung und Kultur tragen wir darüber hinaus gemeinsame Anstrengungen für das friedliche Zusammenleben in der Stadt. Jede evangelische Kita, jede evangelische Schule fördert die Achtung und den Respekt vor anderen Überzeugungen und den Austausch darüber. Die Stärkung des Religionsunterrichts, die der Senat vorgebracht hat und voranbringen will, ist zentraler Ausdruck dieser gemeinsamen Bildungsverantwortung. Hier



werden Orientierungskraft, Humanität und Dialogfähigkeit gefördert und entwickelt. Ich danke der Bildungssenatorin für alles engagierte Wirken, den Religionsunterricht als starken Teil des Bildungskanons unserer Gesellschaft zu sehen. Wir unterstützen diesen Weg nach Kräften“, sagte Bischof Christian Stäblein.

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner bedankte sich für die Einladung. Der regelmäßige Austausch zwischen Kirche und Senat stärke die gute Partnerschaft: „Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und der Senat von Berlin sind seit vielen Jahren in guten und vertrauensvollen Gesprächen. Dafür danke ich der Kirchenleitung und den vielen engagierten evangelischen Christinnen und Christen. In unserer diesjährigen gemeinsamen Sitzung hat uns besonders die Situation in der Stadt nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel beschäftigt. Es ist unerträglich, dass Jüdinnen und Juden seitdem wieder in Angst in Berlin leben, dass viele von ihnen sogar ihre jüdische Identität verbergen, weil sie antisemitischen Parolen und tätlichen Angriffen ausgesetzt sind. In Berlin ist kein Platz für Antisemitismus, Hass und Hetze. Berlin ist und bleibt die Stadt der Freiheit und der Toleranz. Dafür setzen wir uns gemeinsam ein, hier braucht Berlin die Kirchen als starke Partner“, sagte Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin.

Kirchenleitung und Senat besprachen die Rahmenbedingungen und Chancen ihrer Kooperationen im Kita- und Schulbereich. Insbesondere die Perspektiven für die Stärkung des Religionsunterrichts als Wahlpflichtfach wurden erörtert. Auf der Tagesordnung standen des weiteren Fragen des Klimaschutzes, der Gestaltung und Bewirtschaftung von Friedhöfen, der Situation Geflüchteter in Berlin sowie die Gefangenenseelsorge in den Berliner Justizvollzugsanstalten. Hier wurden Schwerpunkte der Zusammenarbeit herausgearbeitet und aufeinander abgestimmt: „Die EKBO leistet durch die Beteiligung an der Gefangenenseelsorge in den Berliner Justizvollzugsanstalten einen wichtigen Beitrag zur Resozialisierung. Deshalb ist es richtig und in Anbetracht angespannter Haushaltslagen ein Erfolg, dass das Land Berlin sich an den Kosten beteiligt und entsprechende Mittel im Haushaltsplan 2024/2025 vorgesehen hat“, sagte der Regierende Bürgermeister Kai Wegner.

Außerdem informierte die Kirchenleitung den Berliner Senat über den aktuellen Stand zur Aufarbeitung sexualisierter Gewalt und über die Präventionsarbeit im Bereich der Landeskirche. Die EKBO berichtete, dass sich eine Unabhängige Regionale Aufarbeitungskommission Nord-Ost in Gründung befinde, an der neben der EKBO, sowie der Nordkirche auch die entsprechenden Diakonischen Dachverbände mitwirken werden. Gleichfalls wurde vor wenigen Tagen zur Zusammenkunft eines ersten Betroffenenforums eingeladen.

Diese Pressemitteilung wird von den Pressestellen des Landes Berlin und der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz verschickt. Dopplungen bitten wir zu entschuldigen.

Eine Abmeldung vom Presseverteiler ist jederzeit formlos unter presse@ekbo.de möglich